

sche Solidarität“ (Schimank 2005 wird sichtbar. Dies kann als Anzeichen einer tiefen „Krise“ und der dabei freigesetzten Selbstheilungskräfte gelesen werden.<sup>51</sup>

## 1 Exkurs: Zur Wissenschaft als Zukunfts-Ressource

Was im Kampf um Deutungsmacht zählt, ist wissenschaftlich generiertes Wissen. Dies gilt auch und gerade für die Zukunftsdebatte. Wissenschaftliche Expertise ist nicht zuletzt dann gefragt, wenn es gilt, „Besitzstände“ zu verteidigen oder abzubauen: In der Öffentlichkeit kommunizierte Argumente bedürfen des Bezugs auf das Gemeinwohl, und nur die Wissenschaft ist berufen, über gemeinwohlrelevante Handlungsfolgen *sine ira et studio* ein objektiviertes Urteil zu fällen. Nun ist Wissenschaft nicht gleich Wissenschaft. In der Reformdebatte treten die an Partikularinteressen gebundenen Argumente, wie sie von verbands-, regierungs- oder parteinahen Forschungsinstituten in die Öffentlichkeit getragen werden, oft recht ungefiltert zu Tage. Verallgemeinerungsfähigere Entscheidungshilfen sind von der institutionell relativ autonomen „reinen“ Wissenschaft zu erwarten. Sie findet sich in Deutschland namentlich bei der staatsfinanzierten Grundlagenforschung, wie den Max-Planck- und Leibniz-Instituten, den Landesakademien und den Universitäten. Sie kann ihre Grundannahmen und Verfahrensregeln kritisch reflektieren, ohne damit ihre Daseinsberechtigung infrage zu stellen.

Sie ist in der Regel auch gemeint, wenn von wissenschaftlichem Wissen die Rede ist. Unbeschadet der individuellen Wertgebundenheit wissenschaftlicher *Akteure*, spricht: der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, verbürgt die hohe Selbstreferentialität des *Systems* Wissenschaft eine wirksame Kontrolle der Konstruktions- und Formalisierungsprozesse, die dieses Wissen ausmachen und seine Autorität als einzigem Objektivierungsmittel mit universellem Geltungsanspruch letztlich und zu Recht begründen. Wissenschaft<sup>52</sup> vermag zwar soziales und politisches, mithin „ideologisches“ Wissen wirksam – und dabei notgedrungen stets standpunktgebunden und oft pseudo-exakt (Porter 1995) – zu begründen, dennoch kommt ihr das Mannheim'sche Attribut „ideologisch“ in geringerem Umfang zu als anderen Systemen. Auch wenn es naiv klingt, Wissenschaft als „weitgehend interesselos“ zu qualifizieren (Tremmel 2003, S. 24ff.), so gründet ihre Leistungskraft doch in jenen idealtypischen Attributen, wie sie klassisch Robert K. Merton (1985, S. 86ff.) benannt und bereits Wilhelm von Humboldt angestrebt hatte: universal, öffentlich, skeptisch und vor allem – uninteressiert.

Das Prinzip der Uninteressiertheit der reinen Wissenschaft an allem, was außerhalb ihrer selbst liegt, ist vielen unverständlich. Es ist amoralisch und der *per definitionem* auf Steuerung angelegten Politik allemal suspekt. Zumal wenn sie sich etatistischen Maximen verschrieben hat, getreu dem Diktum von Karl Marx, es gelte die Welt nicht zu „interpretieren“, sondern zu „verändern“ (MEW 3, S. 7). Pikanterweise wurde diese Sentenz aus den Feuerbach-Thesen in jene Marmorplatten gemeißelt, die 1949 aus der zerbombten Reichskanzlei herbeigeschafft wurden, um das Foyer der Ost-Berliner Uni-

versität  
mer ko  
prangt  
Praxis“  
schaftlic  
ferenzie  
nutzen  
Vergleich  
– und g  
angetre  
senspro  
Wahrhe  
den grö  
Weltver  
den die  
Blick au  
eine „r  
handlun  
der Selb  
hier der  
Gesells  
um ... d  
tragen v  
chen W  
weniger  
selbst-  
schung  
Gefährli  
vanzweis  
dysfunk  
überdies  
auch ein  
ventioni  
zessen P  
des Wis  
entlang  
Anspruc  
schungs  
auch Gr  
rasch m  
bei der  
derorien  
in Perma  
ventioni  
sich in n  
ren Syst  
unmittel  
mon 20

versität zu schmücken – die fortan den Namen Humboldts trug. Der preußische Reformerte konnte sich gegen diese Vereinnahmung nicht mehr wehren. Das Marx-Zitat prangt noch immer dort, und die kommunistische Doktrin der „Einheit von Theorie und Praxis“ wurde nach dem Zusammenbruch des Ostblocks revitalisiert – unter marktwirtschaftlichen wie sozialdemokratischen Vorzeichen. Im Sinne dieser funktionalen Entdifferenzierung fordert etwa die UNESCO (2000), Wissenschaft müsse im Anwendungsnutzen gründen, und zwar solle sie Gesundheit, Fortschritt und Nachhaltigkeit mehren. Vergleichbare Ziele hatten die Fürsten im 18. Jahrhundert ihren Akademien aufgegeben – und genau gegen deren außersystemische Nutzenorientierung war dann Humboldt angetreten, als er der Universität Autonomie erstritt, um sie zum zentralen Ort der Wissensproduktion und -vermittlung zu machen: „Äußere Zwecke“ seien Gift für das Wahrheitsstreben; wer keinen Nutzen von der Wissenschaft fordert, werde am Ende den größten Nutzen von ihr haben (Becker 2004, hier S. 283 u. 294). Unmittelbare Weltverbesserung kann nicht die Aufgabe der reinen Wissenschaft sein; Platons Staat, den die „Philosophen“ regieren, ist eine schreckliche Utopie (Popper 1957 I). Die mit Blick auf die Zukunftsfähigkeit immer wieder vorgebrachte Relevanz-Doktrin, wonach eine „nachhaltige“ Forschung weniger „erkenntnis-“ als vielmehr „problem- und handlungsorientiert“ sein müsse (Grunwald 2005, S. 52), verkennt die Funktionalität der Selbstreferenz. In einem geradezu staatsozialistischen Kontrollanspruch schwelgt hier der Nachhaltigkeitsrat: Die Forschung solle sich der Themen annehmen, „die für die Gesellschaft wichtig sind. ... Jede Forschungseinrichtung sollte klar sagen können, warum ... diese Forschungen bzw. deren Ergebnisse relevant sind“ (RNE 2004, S. 107). Getragen wird solches Ansinnen vom Boom des Evaluierens der Produktion wissenschaftlichen Wissens: Den inhärenten Kontrollmechanismen wird misstraut und damit nicht weniger als dem System Wissenschaft selbst. Diese Überlagerung und Amalgamierung selbst- und fremdreferentieller Standards droht die Kreativität damit die innovative Forschung zu ersticken.<sup>53</sup> Zweifellos wird in der Forschung viel Geld für Unsinniges oder gar Gefährliches verpulvert – eine gestrenge Aufsicht durch selbsternannte Hüter des Relevanzwissens zeitigt indes, wie die Geschichte lehrt, ungute Folgen und wäre ungleich dysfunktionaler. (Die Gefahren der wissenschaftlichen Wissensproduktion entspringen überdies oft eher der Intervention als dem System selbst.) Die reine Wissenschaft ist auch ein Spiel, ein teures zwar, aber ein sehr nutzbringendes (Spode 1998). Der interventionistische Anspruch politischer oder zivilgesellschaftlicher Akteure, Forschungsprozessen Relevanzkriterien einzuschreiben, stört erstens die Anschlussfähigkeit innerhalb des Wissenschaftssystems, indem es genötigt wird, *ad hoc* auf wechselnde Vorgaben entlang des politisch-medialen *Agenda Setting* zu reagieren. Der interventionistische Anspruch übersieht zweitens die geringe Quote der Grundlagenforschung an den Forschungsaufwendungen: Zwei Drittel sind privatwirtschaftlich finanziert; obschon damit auch Grundlagenforschung betrieben wird, so fließt doch das meiste Geld in Erwartung rasch monetarisierbarer Resultate. Und auch in der steuerfinanzierten Wissenschaft – bei der die Medizin den Löwenanteil ausmacht – sind weite Bereiche lediglich anwenderorientierte „Kunstlehre“ im Sinne Sombarts und Schmalenbachs (ebd.), die ohnehin in Permanenz, nämlich über den Markt „evaluiert“ wird. Damit unterschlägt der interventionistische Anspruch drittens auch die Tatsache der immer schon gegebenen, und sich in neuen Formen sogar verstärkenden Leistungsaustauschs der Wissenschaft mit ihren Systemumwelten (vgl. Nowotny et al. 2004; Weingart 2005). Dies gilt vorrangig für unmittelbar in Politik oder Geld umsetzbares wissenschaftliches Wissen (vgl. Knie/ Simon 2006) aber auch für nicht unmittelbar umsetzbares, wie es etwa die Astronomie

oder die Historie produzieren (vgl. Große Kracht 2005). Die intersystemische Kommunikation ist freilich in der Tat nicht einfach.

Die Selbstreferenz der reinen Wissenschaft hat ihren Preis: Wissenschaftliches Wissen verbleibt idealiter im System der Wissenschaft. Realiter bedeutet dies, dass es oft nur schwer und nur mittels intermediärer Instanzen seinen Weg „nach draußen“ findet.<sup>54</sup> Draußen, in Öffentlichkeit und Politik, ist die reine Wissenschaft der stärker interessengeleitet-angewandten allein schon deshalb nicht automatisch an Reputation und Einfluss überlegen, da diese auf der außerhalb des Wissenschaftssystems schwer überprüfbaren *Glaubhaftmachung* von „Qualität“ und „Unabhängigkeit“ fußt. Partikularinteressen verpflichtete Forschung – von der verbandsnahen Wirtschafts- bis zur Ressortforschung und den regierungsamtlich gefilterten Enqueteberichten – kann aufgrund der geringeren Selbstreferenz ihre Produkte oft besser kommunizieren; dies ist ja meist ihr Daseinszweck. So verwischen die wahrgenommenen Unterschiede, wenn wissenschaftlich generiertes Wissen über die Politik und die Medien popularisiert wird. Im Sinne von Platons Staatsutopie erliegen zudem manche Sozialwissenschaftler der Versuchung, als Sozialwissenschaftler politisch zu wirken. Indem sie die Systemgrenzen zwischen Wissen und Handeln niederreißen, zerstören sie die Basis ihrer professionellen Kompetenz und bedienen sich einer von der Wissenschaft „erborgten Autorität“ (Merton 1985). Während nun aber die einen ihre vermeintlich interessenslose Professionalität als Schutzschild in der Öffentlichkeit vor sich hertragen, verharren die anderen in den geschlossenen Diskursuniversen ihres Wissenschaftssystems. In einer hochgradig funktional differenzierten Gesellschaft sollte für beide Spielarten von WissenschaftlerInnen Raum sein; indes löst dies nicht das Dilemma der Wissenschaften: Die Gesellschaft erwartet die Produktion alltagssprachlich verständlichen, unmittelbar evidenten Wissens, doch gerade die kontrollierte Entzifferung des Selbstverständlichen – der „natürlichen Interpretationen“ (P.K. Feyerabend), der „Épistème“ (M. Foucault), der „Doxa“ (P. Bourdieu) – ist eine Kernaufgabe sozial- und kulturwissenschaftlicher Wissensproduktion. Dabei kommt sie oft nicht umhin, sich eines opak wirkenden Fachchinesisch zu bedienen. Den Natur- und Technikwissenschaften wird diese sprachliche Schließung (die, nebenbei bemerkt, immer auch distinktive Funktionen erfüllt) ungleich weniger angekreidet, als den Sozialwissenschaften – und zwar mit einer gewissen Berechtigung.

Da etliche Bereiche der Sozialwissenschaften, im Gegensatz zu den Naturwissenschaften, mit alltagsweltlichem und in den Medien generiertem Wissen vielfältig in Konkurrenz und Interdependenz stehen, ist mithin zu fragen, ob sie ausreichende Anstrengungen unternehmen, den – an sich höchst praktischen – Elfenbeinturm zu transzendieren. Das der *scientific community* gesellschaftlich verliehene „Mandat zur Selbststeuerung“ sollte jedenfalls, so Friedhelm Neidhardt, kein „Recht auf akademischen Autismus“ begründen, sondern „erfordert im Gegenzug eine Institutionalisierung integrativer Mechanismen“ (zit.n. Kocka 2005, S. 20f.). Es gilt also, eine funktionale Balance zwischen Fremd- und Selbstreferenz halten: eine stets neu auszuhandelnde Gratwanderung<sup>55</sup> zwischen „Engagement und Distanzierung“, wie es bei Norbert Elias heißt, zwischen professioneller „Reinheit“ und „Engagement“, wie Pierre Bourdieu fordert (vgl. Barlösius 2006 u. 1999). Ein geschwätziges Kommentieren von allem und jedem würde die Sozialwissen-

Von Rot-Grün

schaften entw  
tismus von au  
dahin.

## 2 Von Rot

Als Gerhard S  
nach den quä  
einen ein End  
de des „Refo  
bewegt, und v  
nächst bergau  
Blockade des  
das World-Tr  
allseitige Ern  
Balance zwisc  
eine Renaiss  
täuscht. Die  
tisch geführte  
vornehmen m  
ten Lebenssta  
(SPD/Bü90 2

Dieser Weg wa  
worden (Kaufm  
wurde dann vo  
tet: der „Komm  
VW-Managers F  
rung der sozial  
Rürup (Dietrich  
zung dieser Kon  
und der Gewer  
eingeleitete Ref  
worden, um ers  
begleitet von sp  
Fax seinen Rück  
werkschaftsorien  
Mit Schröders z  
durchgesetzten  
Rot-Grün dann  
2005, S. 256). S

### Berufliche Bildung

Besser sieht es im Grundsatz mit der beruflichen Bildung aus. Auch wenn etliche Berufsschulen unter den gleichen Problemen einer negativen sozialen Auslese leiden und ein oft erbärmliches Niveau der Berufsschüler zu beklagen ist, so erbringt das duale System doch gemessen an Ländern, die lediglich Anlernberufe kennen, bessere Resultate. Mancher Lehrberuf kann es durchaus mit Fach- oder gar Fachhochschulbildungsgängen aufnehmen. So ist auch die Jugendarbeitslosigkeit – dank staatlicher Intervention – niedriger als in vielen anderen OECD-Ländern. Allerdings schlägt hier das Schulversagen der Migrantenkinder voll durch: Trotz wachsender Quote an der Alterklasse nimmt ihr Anteil an den Lehrlingen ab. Binnen zehn Jahren hat sich die Quote ausländischer Jugendlicher an den Auszubildenden fast halbiert! Insbesondere muslimische Jugendliche, und hier insbesondere die Mädchen, finden keine Lehrstelle und müssen staatliche Lehreinrichtungen besuchen, ohne dass dies ihre Chancen am Arbeitsmarkt merklich verbessert. In Industrie und Handwerk gelten sie als demotiviert und unterqualifiziert; selbst türkische Betriebe ziehen – sofern sie überhaupt ausbilden – deutsche Lehrlinge vor. Ein weiteres Problem ist die enge Spezialisierung der 350 Lehrberufe. Und schließlich zeigt sich – wie in der Tertiär- und Weiterbildung – mit schöner Regelmäßigkeit das Phänomen, dass die Wirtschaft in konjunkturellen Schwächephasen zu wenig ausbildet, um im Aufschwung den Mangel an Fachkräften zu beklagen. Somit steht das duale System vor einschneidenden Reformen. Die Wirtschaft pocht auf ihrer Gestaltungshoheit der betrieblichen Ausbildung, zieht sich jedoch mehr und mehr „aus der finanziellen Verantwortung“ zurück (R. Dobischat in EuW 9/2006, S. 2); der Anteil ausbildender Betriebe sank von einem Drittel auf ein Fünftel. Zugleich ist offen, wie weit sich das deutsche, mit dem korporatistischen Kammerwesen ebenso wie mit dem Werkzeugmaschinenexport verflochtene System<sup>181</sup> künftig international behauptet.

### Universitäten und Forschung

Was die Tertiärausbildung betrifft, so ist zuallererst die chronische Unterfinanzierung zu konstatieren: Mit einem Prozent des BIP geben in Europa nur Italien, die Slowakei und Tschechien weniger für das Hochschulwesen aus.<sup>182</sup> Die Finanzausstattung der Universitäten basiert auf einer Fehleinschätzung der Kultusministerkonferenz vor zwanzig Jahren: die Studierendenzahlen liegen ein Drittel höher als prognostiziert wurde. Die Hochschulen erwehren sich nun der „Überlast“ mit *Numerus clausus*. Die autonom verfügte Limitierung der Studienplätze hat mancherorts fast sämtliche Fächer erfasst und ein Chaos bei der Zulassung verursacht. Die von den Ländern verfügte Maßga-

In Köpfe inve

be, wonach C  
ner Haushalt  
niedrige Aka  
EU studieren  
land mit eine  
– auf dem v  
stabsolventer  
chen diesen V

Dennoch  
und Bogen o  
seiner Huml  
und ist es we  
2000). Und  
politischer A  
beutung der  
die die Univ  
der zertifizie  
und Komm  
wird etwa  
schlagen, a  
Pharmazie  
ein Bachelo  
sche haben  
Standardisie  
lichkeit der  
versität zu  
gularien, w  
„Akkreditie  
wird das „S  
türmen“ na  
sche Ausbi  
zierung. W  
hat eine be  
rung einget  
Zwanzigste  
könnte mi  
Elite-Absc  
trieb selek  
schließlich  
ermachers  
onsprozess

be, wonach Qualität *und* Quantität zu steigern sind, erweist sich bei gegebener Haushaltslage als utopisch. Die Folge sind lange Studienzeiten, eine niedrige Akademikerquote und eine Abwanderung Hochqualifizierter. In der EU studieren nur die Griechen länger, und im OECD-Vergleich ist Deutschland mit einer Akademikerquote von einem Fünftel – sie ist sogar rückläufig – auf dem viertletzten Platz zurückgefallen: Im Durchschnitt liegt die Erstabsolventenquote etwa doppelt so hoch; nur Hamburg und Berlin erreichen diesen Wert.

Dennoch ist es fatal, wenn dem deutschen Hochschulsystem in Bausch und Bogen die Zukunftsfähigkeit abgesprochen wird (vgl. Markl 2006). Mit seiner Humboldt'schen Freiheit und Einheit der Forschung und Lehre war und ist es weltweit modellgebend (vgl. § 10 der Science Agenda der UNESCO 2000). Und es hat eine hohe Toleranz gegenüber Störgrößen finanzieller und politischer Art bewiesen, wobei der wichtigste Faktor wohl die Selbstausschöpfung der Beschäftigten war, die wiederum in ideellen Kapitalien gründete, die die Universität offerierte. Mit dem europäisierten „Studium Bolognese“ der zertifizierten Bachelor- und Masterstudiengänge<sup>183</sup> soll eine Verschulung und Kommerzialisierung eingeleitet werden, die jene Kapitalien verzehrt. So wird etwa seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) vorgeschlagen, anwenderorientierte Fächer wie Betriebswirtschaft, Jura und Pharmazie an Fachhochschulen auszulagern. Für die Masse reiche ohnehin ein Bachelor-Schnellstudium. Doch die Masse will einen Master in der Tasche haben. Hier setzt nun aber Differenzierung ein. Einerseits wird die Standardisierung unterlaufen durch eine postmodern-föderale Unübersichtlichkeit der Hochschullandschaft: Von Bundesland zu Bundesland, von Universität zu Universität gelten höchst unterschiedliche Rechtsformen und Regularien, werden inkompatible Studiengänge angeboten. Deren kostspielige „Akkreditierung“ kann ihre Anschlussfähigkeit kaum verbessern. Andererseits wird das „Studium Bolognese“ flankiert von einer Förderung von „Leuchttürmen“ nach dem Konzentrationsprinzip: Je mehr Menschen eine akademische Ausbildung durchlaufen, desto notwendiger sei eine Niveau-Differenzierung. Was einst Universität hieß, soll zur „Eliteuniversität“ werden. Es hat eine beschleunigte Leistungsspreizung und eine funktionale Differenzierung eingesetzt, sowohl zwischen als auch innerhalb der Hochschulen. Jenes Zwanzigstel der Bevölkerung, das einst einen Hochschulabschluss erwarb, könnte mithin durch eine vergleichbare Quote abgelöst werden, die einen Elite-Abschluss vorweisen kann. Zweifellos benötigt der Wissenschaftsbetrieb selektive Strukturen; Elitenbildung und Leistungsdifferenzierung war schließlich schon ein Prinzip der Universitätsreform Humboldts und Schleiermachers gewesen. Die bildungspolitische Bewertung dieses neuen Selektionsprozesses wird davon abhängen, ob er sozial nicht-diskriminierend ge-

staltet wird und welches Niveau die Durchschnittshochschulen – ob diese dann Universität, *university of applied sciences* oder Fachhochschule heißen – haben werden.

Die leistungs- und fächerbezogene Ausdifferenzierung wird zumal durch die „Exzellenzinitiative“ des Bundes und der Länder forciert, die 2004 zusammen mit der DFG und dem Wissenschaftsrat gestartet und bis 2011 mit 1,9 Milliarden Euro ausgestattet wurde. Dieser Wettbewerb hat in etlichen Universitäten einen enthusiastischen Planungs- und Selbstdarstellungsboom ausgelöst, winken doch Geld und vor allem Prestige. Allerdings ist er eine Veranstaltung für die Natur- und Technikwissenschaften (sie belegten 16 von 17 in 2006 prämierten Forschungs-Clustern). Deren Sitten und Strukturen wurden zum Nachteil der Geistes- und Sozialwissenschaften zur Richtschnur gemacht. Zumal da nicht nur Projekte, sondern ganze Universitäten mit dem PR-wirksamen „Elite“-Siegel prämiert werden (knapp ein Zehntel der Unis ist derzeit offiziell „Elite“), wird eine Sogwirkung erzeugt, die die Qualität an den übrigen, teils vorzüglichen Hochschulen gefährdet. Genau dieser Matthäus-Effekt ist ja gewollt: „wer da hat, dem wird gegeben“ – bei den übrigen werde „Heulen und Zähneklappern“ sein (Mt 25, 29). Rankings können uns aber nicht sagen, was sich im Rückblick tatsächlich als „exzellent“ herausstellen wird, sondern spiegeln innerwissenschaftliche Machtverhältnisse; während überall *best practice* beschworen wird, werden hier Entwicklungspfade verstellt. Kritiker monieren zudem, dass die Initiative als ein Ablenkungsmanöver fungiert: Gemessen am Finanzbedarf der Hochschulen sind die Mittel vernachlässigbar (und kommen zudem nicht der Lehre zugute). Dennoch, oder gerade deshalb wurde ein sehr effizientes Instrument geschaffen: In den Universitäten wurden Energien freigesetzt, die deutsche Spitzenforschung wird im In- und Ausland verstärkt wahrgenommen.

Die Politik betreibt einen Umbau der Hochschullandschaft, dessen Wucht – unter umgekehrten Vorzeichen – der Bildungsreform der 1970er Jahre (s.u.) nicht nachsteht: Ranking- und Zertifizierungsverfahren sollen die Hochschullandschaft transparenter<sup>184</sup> und effizienter machen. Die Akademikerquote soll erhöht, die Studienzeiten verkürzt und die Spitzenforschung gestärkt werden. Zudem soll die globale Wettbewerbsfähigkeit des Bildungsmarkts gegenüber dem US-amerikanischen verbessert werden. Wie sinnvoll die Anhebung der formalen Akademikerquote aus volkswirtschaftlicher Sicht und bezüglich des tatsächlichen Kompetenzniveaus ist, sei dahingestellt; sie liegt jedenfalls im globalen Trend. Somit gilt für diese Zielstellungen: sie sind zukunftssträchtig. Wie zukunftssträchtig die gewählten Mittel sind, steht auf einem anderen Blatt. Denn für diese Ziele ist ein hoher Preis zu entrichten. Ein zu hoher, wie viele meinen, insbesondere mit Blick auf den kommerzialisierten Bildungsmarkt. Ein Bonmot bringt den Zielkonflikt auf den Punkt: demnach finden sich die zehn besten Universitäten der Welt in den USA – aber auch die tausend schlechtesten. Während die einen – wie der langjährige DFG-Präsident Ernst-Ludwig Winnacker – Amerika als Vorbild feiern, fürchten die anderen – wie der langjährige MPG-Präsident Hubert Markl – den Ausverkauf fundamentaler Bildungsgüter.

In der Tat: Bereits der Slogan „Brain up!“, mit dem Bildungsministerin Bulmahn die Exzellenzinitiative vermarktete, musste Befürchtungen wecken hinsichtlich des politischen Stellenwerts kultureller Kapitalien für den Wissenschaftsstandort. Es stellt sich aber vor allem die Frage nach der Effizienz der beiden Systeme. Die führenden US-Universitäten verfügen über fantastische Gelder. Spitzenreiter ist Harvard mit einem Vermögen von 35 Milliarden US-Dollar (1970 war es „nur“ eine Milliarde); das jährliche Spendenaufkommen liegt bei 600 Millionen Dollar – allein diese Summe übertrifft die jährlich verteilten Mittel der Exzellenzinitiative um gut ein Zehntel. Stanford, die drittreichste US-Universität, rechnet mit einem Jahresetat von 2,5 Milliarden Dollar, ohne das Spendenaufkommen, das mit 860 Millionen eingepreist ist (s. die Internet-Seiten der Universitäten u. ZEIT v. 4.1.2007). Dafür dürfen 15.000 handverlesene Studierende die *Alma Mater* besuchen. Die Regelstudiengebühr beträgt 33.000 Dollar pro Jahr. Mit einem vergleichbaren Etat bildet das Land Bayern zehnmal mehr Studierende aus. Die Studiengebühr beträgt vier Prozent des Stanford-Satzes. Dennoch können bayerische Universitäten auch in der Spitzenforschung mithalten (und ich wage die Behauptung, dass ihre Absolventen keinesfalls zehnmal schlechter sind, als die von Stanford). Die „Exzellenz“ der amerikanischen Eliteuniversitäten ist über jeden Zweifel erhaben, dies gilt jedoch nicht für die Kosten-Nutzen-Relation. „Exzellenz“ ist teuer, aber durchaus billiger zu haben. Die Gelder gehen zu einem nicht geringen Teil für Marketing bzw. Repräsentation drauf, doch die Bibliotheken und Prachtbauten stehen der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung. Ein System, das an den Absolutismus gemahnt, mit seiner Konzentration der Ressourcen, seinem demonstrativem Verbrauch und seinen kosmopolitischen, gleichwohl geschlossenen Netzwerken, in die die Superreichen ihre Sprösslinge entsenden (z.B. den Yale-Absolventen George W. Bush). Eine faire, umfassende Bewertung müsste den deutschen Universitäten eine weit höhere Effizienz bescheinigen. Zumindest dann, wenn der Leistungstransfer an das Gesellschaftssystem betrachtet wird: Die Gemeinnützigkeit der meisten US-Spitzenuniversitäten ist zwar rechtlich verankert, dennoch bilden sie eher autopoietische Teilsysteme des Wirtschaftssystems, wo sie als Oligopolisten den Rahm des Wissenschaftsmarkts abschöpfen – der Rest bleibt den übrigen, oft erbärmlich ausgestatteten Staats- und Stiftungsuniversitäten überlassen. In der Kontroverse werden die Funktionsebenen des Universitätssystems zu wenig unterschieden. Es kann erstens als Wirtschaftsbranche eigenen Rechts fungieren und zweitens als Lieferant von Wissen an die Gesellschaft. Letzteres reklamieren auch die Amerikanisierer für ihr Konzept, unterlegt mit einem Lamento über die geringe Leistungsfähigkeit des europäischen Systems. Doch sie bleiben die Antwort schuldig, weshalb dann die US-Weltexportquote seit Jahrzehnten sinkt, während die Deutschlands und Frankreichs recht stabil ist. Auch das Bildungsniveau der amerikanischen Akademiker dürfte nicht unvergleichlich hoch sein. So desaströs, wie das Shanghai-Ranking nahelegt, kann es mit der Produktion, der Verbreitung und dem Transfer wissenschaftlichen Wissens in Europa nicht bestellt sein. Somit verbleibt als stärkstes Argument der Amerikanisierer die Kommerzialisierung der Universität.

Mit der Transformation des deutschen Systems in ein angloamerikanisches mit wenigen „Leuchttürmen“ dürften die Wettbewerbsvorteile nivelliert werden, die die Bundesrepublik mit ihrem mittleren bis hohen Niveau der 117 durchweg, wenn auch in unterschiedlichen Ausmaß forschungsaktiven Universitäten auszeichnet. Anstatt die Stärken des Systems auszubauen und selbstbewusst zu vermarkten, wird das Heil in Anpassung gesucht. So for-

dert der gelernte Biochemiker Winnacker die Umwandlung des Prinzips der Einheit von Forschung und Lehre in ein Privileg: Es sei fatal, wenn alle Hochschulen Forschung betreiben, vielmehr dürfe es künftig nur wenige „richtige große Forschungsuniversitäten“ geben (ZEIT v. 28.12.2006, S. 32). Was nun aber in kostenintensiven naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen sinnvoll erscheint (und bezüglich der Großforschung längst Realität ist), gerät in anderen Fächern zur Dequalifizierung: Die unterstellte „fehlende Unterscheidbarkeit der Hochschulen in Europa“ aufgrund einer „ziemlich gleichmäßigen Verteilung“ von Forschungsmitteln (ebd.) würde hier durch den Entzug von Geldern zugunsten der „happy few“ erst erzeugt – nämlich auf College-Niveau.

Besonders auf dem Feld der Sprachenpolitik nimmt die Amerikanisierung der Universitäten Züge einer dysfunktionalen Unterwürfigkeit an, die sich selbst für Weltläufigkeit hält (Trabant 2006). Die Bundesrepublik hat es hingenommen, dass EU-Forschungsanträge in Englisch einzureichen sind – desgleichen viele innerdeutsche Anträge. Zur Verwunderung des Auslands ist der deutsche Sprachraum auf dem Weg zur Selbstaufgabe. Möglich wird dies auf der Basis eines fahrlässigen Nicht-Wissen-Wollens über die Funktionen und Strukturen von Sprache. Von der Notwendigkeit einer *Lingua franca* wird fälschlich die Verzichtbarkeit muttersprachlicher Kompetenz abgeleitet. Etliche Studiengänge werden daher, wie in einem Entwicklungsland, in Englisch angeboten: da sitzen dann lauter Deutsche im Hörsaal und radebrechen Denglisch. Das entsprechend restingierte Kommunikations- und Reflektionsniveau wirkt sich nicht allein in den Sozial- und Geisteswissenschaften, sondern ebenso in den Naturwissenschaften fatal aus (Mocikat 2007). Getrieben von einer USA-begeisterten Nachkriegsgeneration entäußert sich das Land ohne Not seines Werkzeugs nuancierter Analyse, seiner Identität und seiner internationalen Geltung.<sup>185</sup>

Die Masse der Universitäten, *vulgo* dann Fachhochschulen, soll lediglich ihre bürokratisierten Curricula abspulen. Für die Beschäftigten heißt dies: ihre Arbeit bietet weder Sozialprestige noch Dispositionsfreiheit. Kulturelle Kapitalien aber sind der preiswerteste Lohn akademischen Arbeitens (sodass selbst arme Länder wie Bulgarien hier punktuell Hervorragendes leisten können); eine Monetarisierung kann die Gesellschaft mithin teuer zu stehen kommen. Für die Studierenden heißt dies: Die Schlüsselqualifikation der *universitas*, des *sapere aude* droht auf der Strecke zu bleiben. Die geringe Verschulung des Studiums ist der wohl größte Vorzug des deutschen Systems. Doch das Prinzip Humboldts: „Lehre aus Forschung und forschendes Lernen“ (Gethmann et al. 2005, S. 24; vgl. Becker 2004) soll durch ein gestutztes, genormtes und monetarisierbares Ausbildungsprodukt ersetzt werden. Als Stichwortgeber der Trennung von Forschung und Lehre fungieren besonders die DFG-Führung und das Centrum für Hochschulentwicklung der Bertelsmann-Stiftung; die Verlautbarungen des CHE – gespickt mit betriebswirtschaftlichen Anglizismen – sind bereits in Ländergesetze eingeflos-

sen.<sup>186</sup> Forschung mag außerhalb der „Elite-Unis“ noch in anwenderorientierten *public-private-partnerships* stattfinden. Die im Ausland hoch angesehenen, bei der basalen Bildung und als gesellschaftliche Reflexionsinstanz so erfolgreichen Sozial- und Geisteswissenschaften (Wissenschaftsrat 2006; Fuhrmann 2004) werden weithin leer ausgehen, ebenso die Grundlagenforschung generell.<sup>187</sup>

Umso wichtiger wird eine maßgeblich vom Bund getragene Finanzierung der außeruniversitären Spitzenforschung als zentrale Zukunfts-Ressource. Sie ist in vier „Säulen“ institutionalisiert. Vom Fördervolumen von gut fünf Milliarden Euro (Bund und Länder) entfällt dabei knapp ein Drittel auf die Helmholtz-Zentren, knapp ein Fünftel auf die Max-Planck-Gesellschaft, ein Siebentel auf die Leibniz-Gemeinschaft und ein Viertel auf die Deutsche Forschungsgemeinschaft, die nicht forscht, sondern Drittmittel verteilt, hinzukommt die anwendungsbezogen forschende und zum Gutteil industriefinanzierte Fraunhofer-Gesellschaft. Nicht eingerechnet sind hierbei halbstaatliche Förderinstitutionen, wie die Volkswagen-Stiftung. Fünf Milliarden sind auf den ersten Blick eine stattliche Summe; Bund und Länder haben 2005 in einem „Pakt für Forschung und Innovation“ vereinbart, sie sogar laufend um drei Prozent aufzustocken. Leider weiß die rechte Hand nicht immer, was die linke tut. Zugleich wird von Politikern der finanzstarken Südländer gefordert, die Zahl der Leibniz-Institute – die zur Hälfte in den Neuen Ländern stehen – zu reduzieren, und einige Länder erfüllen den „Pakt“ nur teilweise. Und seitens der DFG und der VW-Stiftung wird einer Verschmelzung der außeruniversitären Forschungssäulen mit den Eliteuniversitäten das Wort geredet – den großen Fördereinrichtungen käme dann nämlich eine Schlüsselrolle zu (ZEIT v. 19.10.2006, S. 43; Forschung & Lehre 6/2005, S. 305f.). Auch wurde versäumt, nach dem Muster der VW-Stiftung aus dem Privatisierungserlös der Bundespost oder aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen ein Stiftungsvermögen<sup>188</sup> abzuzweigen (allein die UMTS-Gelder hätten für 26 Exzellenzinitiativen gereicht). Das Bild ist mithin uneinheitlich und die Strategien werden kontrovers diskutiert. Die Richtung ist erkennbar, doch wo Hochschulen und Forschung künftig zwischen Markt und Staat, Normierung und Differenzierung konkret angesiedelt sein werden, ist noch nicht ausgemacht. In jedem Fall zeigt die Debatte, dass sie wieder einen Stellenwert erhalten, der ihrer Rolle als Motor der Zukunftsfähigkeit besser entspricht, als dies lange der Fall war.

### Finanzen und Föderalismus

Wenn auch die Reformvorschläge zu den unterschiedlichen Bereichen differieren, so ist den meisten doch eines gemeinsam: Sie kosten Geld. Geld ist nicht alles, doch hier liegt das größte Reformhemmnis. Am Zielkonflikt mit

**Hasso Spode**

# **Ressource Zukunft**

Die sieben Entscheidungsfelder der deutschen Reform

Verlag Barbara Budrich

